

ANTRAG

der Fraktion Freiheitlicher Arbeitnehmer in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg, vorgelegt in der 9. Vollversammlung am 23. Mai 2023 betreffend

Keine verpflichtende Haussanierung

Das EU-Parlament hat mehrheitlich für strengere Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden gestimmt. Demnach müssten in den kommenden Jahren viele Immobilien saniert werden. Konkret sollen Wohngebäude bis 2030 mindestens die Energieeffizienzklasse "E" und bis 2033 die Energieeffizienzklasse "D" erreichen.

Energieeffizienzklasse "D" bedeutet, dass der spezifische Energieverbrauch des Gebäudes zwischen 100 und 130 kWh/m²a liegen muss.

Auch über Sanktionen, sollte eine Sanierung nicht durchgeführt werden, wurde in der EU Kommission schon diskutiert.

Der Kommissionsvorschlag räumt zwar den Mitgliedstaaten Flexibilität dabei ein, welche Maßnahmen sie einführen wollen, um die in der Richtlinie festgelegten Ziele zu erreichen.

Diese müssen jedoch wirksam, verhältnismäßig und **abschreckend** sein. Denkbar wären Bußgelder oder auch Steuererhöhungen für Häuser mit schlechter Energieeffizienz.

Eine derart umfassende Sanierung von Altbauten ist allerdings mit enormen Ausgaben für die Besitzer verbunden. Für Ein- oder Zweifamilienhäuser, aber auch für größere Wohngebäude (Mietshäuser) würden Kosten zwischen 15.000 und 100.000 Euro pro Wohneinheit anfallen. Zwar würden Sanierungen die Betriebskosten senken, jedoch nicht in dem Ausmaß welche sich auf Mietkosten niederschlagen würden.

Mit den derzeitigen Förderbeträgen von Land und Bund wären viele Hausbesitzer nicht in der Lage, ohne längerfristige Kredite, diese Kosten zu stemmen.

Auch auf Mietwohnungen würden zu den heute schon sehr hohen Mietpreisen weitere Kosten dazukommen.

Aus unserer Sicht würde eine verpflichtende Haussanierung, begleitet von Sanktionen, das Wohnproblem weiter verschärfen und Mieten in die nochmals in die Höhe schnellen lassen.

Vielmehr erachten wir ein umfassendes Förderprogramm auf EU, Bundes und Landesebene als sinnvoll, um Anreize zu Sanierungen zu schaffen, anstatt einer sanktionierten Verpflichtung. Die würde eher zu einer Entspannung im Wohnsektor führen.

Antrag:

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg fordert die Österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament auf, sich gegen eine Sanktionierung bei nicht durchgeführten Sanierungen und einer umfassenden Förderung einzusetzen. Weiters fordert die Vollversammlung der Arbeiterkammer Salzburg die Bundesregierung und die Salzburger Landesregierung auf, zusätzliche Mittel für die thermische Sanierung von Wohngebäuden zur Verfügung zu stellen.

Salzburg, 2.5.2023



Für die FA-Fraktion
KR Friedrich Kössler